



Der FDP-Pressedienst - Le Service de presse PRD

Nr. 2 - 15.01.2009

Aktuell

Plädoyer für eine freiheitliche Politik

Reglementierung mittels Verboten



Bürokraten und Staatsgläubige pflegen Probleme primär durch Verfassen von Reglementen zu „lösen“. Bei dieser Mentalität ist nicht verwunderlich, dass unser politisches System jedes Jahr dicke Bände neuer Gesetze und Verordnungen in Bund, Kantonen und Gemeinden produziert. 22 neue Gesetze und Verordnungen treten beispielsweise ab dem 1. Januar 2009 alleine im Kanton Zürich in Kraft. Für den Aargau liegen keine Angaben vor. Im Bund dürften es auch 2009 gegen 500 Seiten neuer Gesetzestexte sein. Viele Politiker und Bürokraten besitzen einen blinden Glauben an die Bedeutung von Paragraphen und sind offenbar unfähig, auf eigenverantwortliche Lösungen zu setzen.

Von FDP-Grossrat Daniel Heller, Erlinsbach

Es liegt uns fern, die Nützlichkeit guter Gesetzgebung und richtiger Rechtsetzung für das friedliche und geordnete Zusammenleben der Menschen zu verkennen. Phänomene wie Gesetzesflut, Verrechtlichung und Überregulierung des täglichen Lebens und des wirtschaftlichen Handelns sind die eher äusserlichen Merkmale dieses Trends. Besorgniserregend sind vor allem die Inhalte und die Mentalität, welche aus vielen dieser Erlasse sprechen. Im Vordergrund steht ein Trend zu immer mehr flächendeckenden Verbote. Schädlich sind Verbote und Gebote vor allem dann, wenn sie an liberalen Lösungen vorbeiziele, weil sie die Eigenverantwortung freier Bürgerinnen und Bürger einfach ausser Kraft setzen. Und schädlich sind sie, weil sie bevormunden statt erziehen und ihre Wirksamkeit insgesamt eher kontraproduktiv ist: "Wenn man alle Gesetze studieren wollte, hätte man gar keine Zeit mehr, sie zu übertreten", meinte schon Wolfgang Goethe.

Wenn die Paragraphenreiter zuschlagen

Was tut man heute nicht alles, um die Aufregung des Volkes zu beschwichtigen: Wenn irgendwo in der Schweiz etwas passiert, fordert die Boulevard-Presse Aktivismus, und die Politiker kommen dem gerne nach und reichen unter dem Eindruck der Ereignisse radikale Verbotsvorstösse ein. Beispiele gefällig?

Wenn ein Kampfhund zubeisst, verbietet man gleich ganze Hunderassen und bestraft damit alle Hundehalter, die sich korrekt verhalten. Wenn einige Jugendliche zu viel trinken, verbietet man allen, ab bestimmten Zeiten Alkohol zu kaufen. Man bestraft diejenigen, die sich korrekt verhalten und legal sich eine Flasche vergessenen Wein fürs Fondue holen möchten. Wenn einige Jugendliche zu viel rauchen, verbietet man unter dem Vorwand des Jugendschutzes flächendeckend Werbung für Tabakwaren. Man bestraft alle erwachsenen Konsumenten, die legal dem Rauchen fröhnen und die Wirtschaft, welche ein an sich legales Produkt nicht mehr bewerben darf. Wenn einige Jugendliche sich spätabends unbotmässig verhalten, erlässt man Ausgangssperren, natürlich für alle und flächendeckend für ganze Bezirke. Wenn einzelne Milizsoldaten mit ihrer Dienst - Waffe nicht umgehen können, nimmt man sie allen Soldaten weg. Paradoxerweise entwaffnet man damit ausgerechnet die ausgebildeten Waffenträger, Hinz und Kunz hingegen dürfen ihre Waffen behalten. Um Mineralwasserflaschen abzufüllen braucht es Energie, auch um Plastiksäcke herzustellen; was verlangt der intelligente Politiker - natürlich ein sofortiges Verbot.

Gefragt sind freiheitliche Lösungsansätze

Das sind keine freiheitlichen Lösungsansätze, welche eigenverantwortliches Handeln stärken und fördern, im Gegenteil: Sie verleiten höchstens zu ihrer Nichtbeachtung und Übertretung. Wir lehnen sie darum ab. Grundlegende Werte wie individuelle Freiheit, Eigenverantwortung und gezielte Solidarität erodieren und werden schleichend durch staatliche Bevormundung ersetzt. Die staatlichen Beglückungstechnokraten, welche Hand in Hand mit Medien und eifrigen staatsgläubigen Politikern die Entmüdigung der Bürgerschaft vorantreiben übersehen folgendes: Wer mit generellen Verboten auf sektorielle Probleme reagiert, bekämpft oft nur Symptome und nicht die Ursachen. Eine – im direkt-demokratisch verfassten liberalen Staatswesen unabdingbare - Erziehung zur Eigenverantwortung entfällt.

Wir lehnen diese Verbotsmentalität überall dort ab, wo dadurch die Eigenverantwortung geschwächt und nicht gestärkt wird. Wir lehnen sie ab, da sie ohne die erhoffte Wirkung bleiben werden. Kollektivsstrafen – das haben wir schon in der Schule gelernt – sind unverhältnismässig und erzieherisch fragwürdig bis kontraproduktiv. Wir lehnen sie ab, da sie die Freiheit des Einzelnen ohne Aussicht auf Erhöhung der Freiheit der anderen einschränken.